

**Vortrag
von**

MICHAEL DAXNER

**Humanitäre Intervention als Bestandteil der neuen
Weltinnenpolitik: Guatemala, Kosovo, Afghanistan**

**23. Juni 2004
(Kleiner Festsaal der Universität Wien)**

Prof. Dr. Dr.h.c. Michael Daxner
Universitätspräsident a.D.
Professor für Soziologie
Carl-von-Ossietzky-Universität
D-26111 Oldenburg
michael.daxner@uni-oldenburg.de
+ 49 441 798 3291, 2600, Fax 5814
+ 43 664 991 0852
michaeldaxner@yahoo.com

*In Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und dem
Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP)*

Kontakt

AKADEMIE FÜR INTERNATIONALE POLITIK DES RENNER-INSTITUTS
Mag. Martin Janata
T +43-(0)1-804 65 01-13
janata@renner-institut.at

Humanitäre Intervention der neuen Weltinnenpolitik

Guatemala, Kosovo, Afghanistan

Michael Daxner¹

23. Juni 2004

Universität Wien: Institut für Politikwissenschaft – Renner Institut –
Österreichisches Institut für Internationale Politik

Die Welt ist seit 1989 nicht friedlicher geworden. Als der eine der beiden hegemonialen Blöcke zerfiel, hatten sich die Menschen eine besondere Friedensdividende erhofft, als ob sie mehrheitlich in den Frieden investiert hätten. Der Begriff täuscht. Investiert hatten tatsächlich die Menschen in Ost- und Zentraleuropa, und sie können mehrheitlich einer besseren Zukunft entgegensehen.

Wir sind nicht erst seit kurzem in ein Zeitalter der Interventionen, Vertreibungen und gewaltsamen Veränderungen von Gesellschaftssystemen, Grenzen und Herrschaftsformen eingetreten. Aber wir erleben eine Umordnung der Koordinaten wie seit langem nicht mehr. Wesentliche Aspekte dieser Umordnung sind die Neuinterpretation von Hegemonie und die Wandlung des Völkerrechts: vom Prinzip der Nichteinmischung und außenpolitischer Logik zur Intervention aus missionarischen Gründen und zur *Intervention aus humanitären Gründen*. Die erste Logik fasst der Völkerrechtler Wolfrum bezüglich der USA, die sich diese Logik nach dem 11. September 2001 zu eigen machten und auch leisten können, wie folgt zusammen:

Schließlich wird die von der Washingtoner Regierung in Anspruch genommene Mission, die Welt von der Gefahr des internationalen Terrorismus und von unverantwortlich handelnden Regimen zu befreien, als Rechtfertigung dafür herangezogen, sich von völkerrechtlichen Restriktionen zu lösen².

Über diese Logik werde ich heute nicht sprechen, sie ist aber präsent. Und mit der zweiten ist sie auch eine Folge der Globalisierung und des Wegfalls der dualen Hegemonie nach 1989. Welt'innenpolitik'. Das Grundmuster baut (noch) zunächst auf dem Nationalstaat und seiner Souveränität auf. Konflikte innerhalb eines Nationalstaates oder zwischen mehreren Nationalstaaten erweisen sich als regelungsbedürftig. Interventionen können von Vermittlungsmissionen bis zum militärischen Eingriff in Form von Krieg erfolgen. Sie schaffen neue Nationalstaaten (Ost-Timor) oder hinterlassen Territorien, die (noch) keine sind (Kosovo), oder aber reorganisieren Staaten, auf die am besten der Begriff ‚ethnischer Volksstaat‘ zutrifft (Antonia Grunenberg), auch wenn sie gerade nationalistisch sich gebärden, wie in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Es ist noch nicht lange her, da hat eine gewisse Euphorie das Ende des Nationalstaats als Anbruch einer neuen supranationalen Ordnung gefeiert; und in der Tat hat ja die Welthandelsorganisation und andere globale Partner diesen Eindruck vermittelt. Ich halte die Gesamtrendenz auch nicht für falsch, aber es wird noch etwas Zeit dauern, bis die alten Nationalstaaten verschwinden, und sie werden dort am stärksten erodieren, worüber ich im Kommenden nachdenken will; es ist auch nicht lange her, dass ernsthafte Politikwissenschaftler sich nicht unpathetisch mit der Entstehung neuer Imperien

¹ M.D., Professor für Soziologie, Carl-von-Ossietzky-Universität, Oldenburg

² Rüdiger Wolfrum: Genfer Recht und Bagdader Realität. FAZ, 28.5.2004, S. 8

beschäftigten, aber mit dem für die USA wenig erfolgreichen Kriegsausgang im Irak ist diese Blase wiederum auf Seminarmaß geschrumpft (Herfried Münkler als Beispiel). Nun halte ich es für einen Fortschritt, dass die Intervention aus humanitären Gründen sich heute besser und vor allem effektiver begründen und durchführen lässt als früher. Oder drastischer: Folgenloses Hin- und folgenreiches Wegschauen ist nicht mehr ganz so einfach, allerdings auch hier gilt, dass außer in den politikwissenschaftlichen Analysen die neue Situation noch kaum ihre Form gefunden hat, etwa die Schwellen betreffend, die für derartige Interventionen hoch angesetzt werden müssen. (Atlantic Monthly-Debatte 2002). Wenn ich die neu-begründeten Formen von Intervention nicht akzeptieren könnte, stünde ich heute nicht vor Ihnen. Akzeptieren heißt aber nicht, blind dem sich unterwerfen, was fatalerweise einem zugemutet wird. Um es vorwegzunehmen: so, wie tatsächlich auf dem Balkan, speziell im Kosovokonflikt gehandelt wurde, und so wie sich Afghanistan entwickelt, scheint mir mehr als nur begleitende Kritik angebracht zu sein, aber man sollte doch Ursachen, Anlässe und Umstände von relevanten politischen Aktionen auseinanderhalten. Die Aktionen haben z.B. viel mit dem Übergang von Kampfhandlungen in Besatzungsregime zu tun (Kosovo Juni-Juli 1999). Oder mit dem Nebeneinander von Kämpfen in einem und beginnender Normalität in einem andern Teil des Landes (Afghanistan). Beides war in den Anlässen der Interventionen nicht angelegt.

Mir ist nicht an einer Akademisierung der Debatte gelegen, aber wir können an den Hochschulen und in der Theorieproduktion nicht an der veränderten Wirklichkeit vorbeigehen. Darum muss ich zu Anfang auch klarstellen, dass ich als Sozialwissenschaftler, genauer als Soziologe, der in die Politik geraten ist, spreche, und nicht als Politikwissenschaftler oder Historiker. Gerade weil ich Anleihen bei vielen anderen Disziplinen nehmen muss, um mir zu erklären, was der Fall ist, sollte diese Klärung akzeptabel sein. Nachdem ich einen Rahmen abgesteckt habe, werde ich darüber sprechen, was die neuen Interventionen mit Menschen und Menschengruppen machen, nicht so sehr, wie Systeme sich verschieben und verändern. Es geht um die Frage, wie sich Intervenierende verhalten, ihren Habitus und ihre Moral, ihre Politik und ihre lebensweltliche Kommunikation ändern, und welchen Anteil die Intervenierenden daran haben. Mit einer der hiesigen Nachkriegserinnerung geschuldeten Besatzungssoziologie werden wir nicht auskommen.

Lakdhar Brahimi hatte vor einigen Jahren durch seinen Bericht ‚Lessons Learned‘ auf sich aufmerksam gemacht. Darin beschreibt er höchst zielgenau, was bei Interventionen – vor allem gedeckt durch die Vereinten Nationen – zu beachten sei und welche Lehren man aus bereits gemachten Interventionen zu ziehen hätte. In einigen Fällen wurden diese ‚Lessons-Learned‘-Lektionen in eine Art dauerhafte Politikberatung umgewandelt (etwas durch die Stiftung Wissenschaft und Politik) und sind so ein Anhaltspunkt für Vorbereitung und Durchführung von friedensschaffenden Missionen. Nun haben Interventionen zur Abwehr so genannter humanitärer Katastrophen aber die Eigenschaft, nicht von langer Hand geplant zu sein wie vorsätzliche Kriege. Das heißt, dass die Vorbereitung gar nicht all die Lehren beherzigen kann, derer es bedarf, um alte Fehler nicht zu wiederholen. (Es erstaunt aber, wie unvorbereitet, was die betroffenen Menschen betrifft, die USA in den Irak-Krieg gegangen sind; ich halte das für eine nicht triviale Angelegenheit, weil sie die Skrupel bei legitimen Einsätzen entwertet).

Ich möchte in der heutigen Darstellung einige Gedanken zu Lasten der möglichen Fülle des Themas stringent hervorheben und deutlich machen: zunächst die Differenz zwischen den Schichten des eigenen Erlebens und dem objektiven Rahmen solcher Einsätze wie im Kosovo und in Afghanistan deutlich machen, ohne jedoch auf die Ebene des Erfahrungsberichts mich zu begeben, von welcher aus ja wenig zu lernen

und zu erkennen ist. Danach werde ich einige Schwerpunkte der Intervention, so wie sie meinen Arbeitsbereich betroffen haben, herausarbeiten. Ich werde vor allem die Folgen des ‚*cultural exceptionalism*‘ (Thomas R. Franck) für die Interventionen darstellen. Auch werde ich mich hier mit der greifbaren Wandlung der intervenierenden Justiz einlassen müssen. In einem dritten Schritt werde ich an einigen Beispielen, wie Schule, Wahlen und Religion, Frauen und Tradition, die Schwierigkeiten der Interaktion zwischen Intervenierten und Interventen bearbeiten. Das wird im vierten Abschnitt zu Überlegungen zur Zivilgesellschaft, den staatlichen und den gesellschaftlichen Institutionen und zu einer Reflexion einer Maxime führen, die lautet: *Peacekeeping through Administration, Peace-Building through Development*. Ich werde kurz auf die für mich maßgebende Theorie der Soft-Sectors für dieses Konzept eingehen. Dabei werde ich auch die Frage der Korruptionen ansprechen. Und ich werde mit einer politischen Bewertung abschließen, die auch die wenig erfreuliche Perspektive einer künftig möglichen Interventionskaskade mit immer niedrigeren Eingriffsschwellen ins Auge fasst.

Es gibt spezielle österreichische Aspekte, vor allem was den Kosovo und Südosteuropa betrifft, weniger in Bezug auf Afghanistan. Aber ich werde sie nur am Rande streifen, wenn es darum geht, den zivilgesellschaftlichen Aspekt des Aufbaus und Wiederaufbaus zerstörter Strukturen und Beziehungen zu beleuchten. Guatemala wird nur einmal erwähnt, aber an ganz entscheidender Stelle, wenn es nämlich um das Verhältnis von Menschenrechten und Zivilgesellschaft bzw. staatlichen Institutionen geht.

Um meiner Erfahrung einen Rahmen zu geben: ich war von 1999 an im Kosovo engagiert, ab Februar 2000 für die UNMIK im Hochschulwesen, ab April 2000 für den gesamten Bildungsbereich zuständig, und bin im Mai 2002, nach Bildung der provisorischen Verwaltungsregierung nach Belgrad ans UNMIK Büro gegangen, wo ich den Bereich der Zivilverwaltung bearbeitet habe. Danach war ich für die österreichische Wissenschaftspolitik in Südosteuropa beratend tätig, und ab April 2003 im deutschen Auftrag als Berater des Hochschulministers von Afghanistan vor allem mit Gesetzgebungsfragen befasst.

1. Intervenierende und Intervenierte

Ich greife zu diesen ungewöhnlichen Worten, weil mir keine adäquate beschönigende Form einfällt dasjenige zu bezeichnen, was die Systemwelt der Intervention mit den Lebenswelten der Betroffenen zu verbinden. Die Legitimation der Interventionen geschieht in aller Regel auf der Leitungsebene der Intervenierenden, wobei die eigentlichen Vorentscheidungen selten in Parlamenten, häufig in Verteidigungs- und Außenministerien und Lobbies fallen. Ich bezweifle, dass die humanitäre Katastrophe, die beschworen werden muss, um die Rückbindung der Herrschaft an das Volk, das ja Truppen und Geld mobilisieren muss, den von der Intervention Betroffenen in diesem Rahmen vermittelt werden kann: Sie denken und fühlen *konkret*, haben Hunger, sind obdachlos, vergewaltigt, auf der Flucht oder sie versuchen, ihre Taten vor der drohenden Intervention, die immer auch eine des *Gerichts* ist, zu verbergen. Die humanitäre Abstraktion birgt ihre Gefahren, die Schwelle des Konsens zu militärischen Interventionen zu senken. Wenn Japans Koizumi versuchte, in der jüngsten UN Resolution zum Irak das Wort ‚humanitär‘ als Prädikat des Truppenauftrags durchzudrücken, erfolglos zwar, so zeigt das, wie empfindlich diese Schnittstelle ist. Das war bei dem Einsatz im Kosovo anders – konkrete Menschen, bis zu 700.000, sollten vor Vertreibung und Erfrieren gerettet werden, *und* dem Diktator in Belgrad sollte das Interesse der Staatengemeinschaft deutlich gemacht werden, bestimmte, nunmehr globalisiert-innenpolitische Praktiken nicht mehr dulden zu wollen. In

Afghanistan ist nach dem Anschlag vom 11. September 2001 das konkrete Ziel Al Quaida mit dem humanitären Grund einer Abschaffung des mörderischen Talibanregimes verknüpft worden. In beiden Fällen hat es die *doppelte Legitimation* geschafft, eine weitgehende, nicht bruchlose Übereinstimmung zwischen Interventionsregierungen und ihren Staatsvölkern herzustellen. Im Irakkrieg hingegen haben vor allem Großbritannien, Spanien und Italien die Kriegsbeteiligung gegen die Überzeugung der Mehrheit ihrer Bevölkerungen als *Exekutivangelegenheit* durchgedrückt.

Dem humanitären Aspekt konnte ich eine eigenwillige Interpretation geben, die mein Engagement und meine Tätigkeit, aber auch meine Auseinandersetzungen kennzeichnen sollte. In Umkehrung des Nichteinmischungsverbots in die sogenannten inneren Angelegenheiten eines Landes steht es für mich außer Frage, dass es ein *Interventionsgebot* gibt, wenn wir vom Ansatz der Weltinnenpolitik ausgehen. Dass sich übermächtige Staaten wie China, Russland und die USA von der Realisierung dieses Gebots gegen sich selbst freizuhalten wissen, ist eine andere Frage. Ich habe schon zu Beginn der 90er Jahre gefordert, eine UN-Intervention für das Gebiet des ganzen damaligen Jugoslawien zu erwägen, um die humanitäre Katastrophe abzuwenden; auch war die vor allem von Deutschland und Österreich forcierte teilweise Anerkennungspolitik an dem nachfolgenden kriegerischen Desaster nicht unbeteiligt, und das war ebenso frühzeitig absehbar. Im Kosovo-Konflikt war mir klar, dass die außenpolitisch strukturierte Rambouillet-Strategie weniger Erfolg haben konnte als eine rasche, gezielte militärische Intervention. Diese hatte natürlich die Rettung der von Vertreibung und ethnischer Säuberung betroffenen konkreten Menschen zum *Anlass*. Der *Zweck* aber war, sozusagen vorbewusst, *unsere* Wertvorstellung von legitimen und illegitimen Handlungen nationaler Regierungen am Beispiel Serbiens zu demonstrieren. *Unsere* Stabilität stand auf dem Spiel, nicht nur das Leben und die Sicherheit vieler Menschen im Kosovo. Dies wäre eine vorweggenommene Nagelprobe auf die europäische Solidarität (weltbürgerliche Absicht', nennt der Philosoph dies) gewesen, wenn nicht Großbritannien und die USA mit der Intervention eher nationale außenpolitische Interessen verfolgt hätten, worauf sehr hellsichtig und früh Jürgen Habermas hingewiesen hatte. Diese Differenz ist bezüglich der Einschätzung des Luftkriegs von großer Bedeutung.

Ich war erstaunt, wie sehr die albanisch-kosovarische Bevölkerung die KFOR-Truppen und die UN-Verwaltung nicht nur als Befreier, sondern als Belohner für den heldenhaften Widerstandskampf interpretierte, also auch Bestrafung für die Serben für selbstverständlich hielt; und wie wenig die internationalen Interventen diese Vorstellung anfangs bekämpften, was zu einer erheblichen Störung des Verhältnisses der albanischen Mehrheit zum internationalen Gewaltmonopol und der serbischen Kosovaren zur Legitimität desselben und der Regierung in Belgrad führte.

Das hat sicherlich mein gesamtes Verhalten als Verantwortlicher für das Bildungs- und Hochschulwesen im Kosovo, als Mitarbeiter der UNMIK in Belgrad und als Berater der afghanischen Regierung geprägt. In meiner Reflexion dieses Missverständnisses war mir sehr früh klar, dass daraus eine besondere Konstellation zwischen intervenierten Kosovaren und den internationalen Mächten entstehen musste³. Bestandteil der humanitären Interpretation war demnach nicht nur die Begründung des Missverständnisses selbst, was im Kosovo besonders stark den Aspekt der Re-Education und der Forderung nach einer Stärkung der weichen Nachkriegsrekonstruktion begründete (Soft-Sectors). „Humanitär“ mussten auch die beiden Modi der Politik interpretiert werden: Befreiung von unrechtmäßiger Herrschaft,

³ Wie das heute noch nachwirkt, ist scharf-hilflos nachzulesen bei Bernard Zeneli: Collective resignation, JAVA 17.6.2004, S. 5.

Unterdrückung und der Verletzung von Verträgen auf der einen Seite, auf der anderen Seite unsere, d.h. der internationalen Staatengemeinschaft Interessen an Stabilität, ökonomischer Entwicklung, Selbstbestimmung und Zivilität. Stabilität steht nicht zufällig an erster Stelle.

Die Befreiung Afghanistans von den Taliban war genau jener Zweck, den der Anlass – der Anschlag vom 11. September 2001 – so präzise gar nicht fassen konnte. Ihre Legitimität kann aus der Reaktion der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung auf die Intervention abgeleitet werden. Im Kosovo wurde die NATO von den Albanern anfangs zwar überschwänglich gefeiert, aber das vor jede absehbare Unabhängigkeit gesetzte weitreichende UNMIK-Mandat zunehmend kritisiert. („We have called for NATO, and then *you* came’).

Kosovo und Afghanistan sind in unterschiedlichem Masse Stammes- und Clan-Territorien. Die Clan-Struktur der Albaner im Kosovo hat die Bildung eines ausgeprägten Wunsches nach Souveränität und Eigenstaatlichkeit erst im Laufe des Konflikts anwachsen lassen. Die Stammesstruktur in Afghanistan hat die gesamtstaatliche Verfassung kaum durch Abspaltung bedroht, weil das Nebeneinander der Machtterritorien dem nationalstaatlichen Element ohnedies wenig Bedeutung zumisst. Ich halte es für müßig, darüber zu spekulieren, ob Stammes- und Clangesellschaften theoretisch zu demokratisieren wären, wenn wir unsere Maßstäbe anlegen, aber sicher ist, dass ihnen Runde-Tisch Lösungen eher angemessen sind als die repräsentative parlamentarische Demokratie, die ein Demos braucht, das gerade von den tribalen und familiären Umständen absieht. Deshalb übe ich heftige Kritik am Wahlfetisch im Kosovo und in Afghanistan.

Ich werde im folgenden darüber reden, welche Auswirkungen die Interventionskultur auf die Umgebungskultur der jeweiligen Nachkriegszeit hat.

2. Kultureller Sonderstatus als Legitimationsinstrument auch der humanitären Intervention

Vielleicht ist die These zu gewagt, aber gerade die USA und England verbinden mit ihren Interventionen einen *erzieherischen* Aspekt, der zwar missionarisch und kommunitaristisch untermauert ist, dem aber zur gelungenen *Re-Education* zweierlei fehlt: erstens ein Marshall-Plan (für Afghanistan und Irak), und zweitens eine für diese Re-Education geeignete Gesellschaft. Missionarisch erscheint die absurde Vorliebe für Wahlen zum falschen oder taktisch gewählten Zeitpunkt... Niemand kann Wahlen in Afghanistan vor Ablauf des nächsten Jahres brauchen, aber sie werden auf Biegen und Brechen zur Unterstützung des amerikanischen Präsidenten in seinem Wahlkampf durchgedrückt. Im Kosovo haben die frühen Wahlen einen gut vorbereiteten Elitenwechsel verhindert und so der demokratischen Sache auf mittlere Sicht eher geschadet. Für den gesamten Bereich der zivilen Verwaltung, besonders aber für den von mir besser übersehenen Sektor Bildung gilt, dass demokratische Strukturen jedenfalls der Durchsetzung von Rechts- und Gewaltmonopolen und der Herstellung republikanischer Grundverständnisse nachgeordnet sind. Nun hatte gerade UNMIK die ungemein erfolgreiche Leitidee von *peacekeeping through administration* entwickelt. Diese setzt aber dort an, wo die Bürger und Bürgerinnen einer nachhaltig und schwer geschädigten Gesellschaft *Vertrauen* in die Herrschaft des Rechts und in die unabhängige und kompetente Arbeit ihrer Institutionen setzen müssen. Das ist oft mit einer aufgesetzten repräsentativen Demokratie nicht zu bewerkstelligen, solange kein Gefühl für gesellschaftliches Eigentum und Bürgerschaft entwickelt ist. Dieses aber kann man von den alten Eliten, die durch Wahlen nur nobilitiert werden, nicht erwarten (die Loya Jirga mit ihren Prinzipien des Runden Tisches liegt hier vergleichsweise eher richtig, aber sie hat ‚natürlich‘ die bestehenden (extremen und reaktionären) Realitäten

auch nur bestätigt). Ein bedeutender kosovarischer Intellektueller hatte bereits im April 2000 vor frühen Wahlen gewarnt, weil diese genau jene lokalen Warlords legitimieren würden, die eine Demokratie eigentlich verhindern sollte.

In Afghanistan haben die USA wieder solche ehemaligen Peiniger in Amt und Würden gesetzt, von denen sich die Menschen Befreiung erhofft hatten. Die Unterstützung der Warlords, v.a. auch durch den US Botschafter Khalilzad, ist geeignet, das tatsächlich vorhandene Vertrauen in westliche Interventionspolitik zu zerstören⁴.

Es fällt den Amerikanern mit ihrem Hang zum *Cultural Exceptionalism*⁵ leichter als den Europäern, den Betroffenen in Interventionsgebieten den Wiederaufbau ihrer Identitätspolitik zu erleichtern. Härter ausgedrückt dürfen Mythen, Genealogie und ein unendlicher historischer Regress die Legitimation für gegenwärtiges und zukünftiges politisches Handeln abgeben. Es handelt sich um eine neue Nichteinmischungsdoktrin, bei der Souveränität in das Recht zum Missbrauch individueller Rechte umdefiniert wird. Das voraufgeklärte Fehlen universaler Normen in der ganz konkreten Gestaltung des Gemeinwesens ist dafür typisch. Gemeinhin sollte man von einer Intervention annehmen, dass ein Vergleich von Vorher und Nachher eindeutige Vorzüge und Perspektiven für das Nachher ergibt. Wenn aber das Vorher die Standards des Nachher so bestimmt wie im Kosovo, und zwar bei Albanern und Serben, dann war und ist die Gewährung der *Identitätspolitik* falsch. Der Kosovo soll in ein europäisches Konzept eintreten, dessen Vorzüge gerade jenseits nationalstaatlicher Engführung liegen, und sollte gerade in den für die Zivilgesellschaft wichtigen Soft-Sectors weniger souverän als integriert sein. Die äußerst fragwürdige vorläufige Verfassung weist aber genau die identitätspolitisch heiklen Bereiche von Bildung und Erziehung, Gesundheit und Sozialsystem einer Selbstverwaltung zu, die andererseits keinen wirklich autonomen Zugriff auf Finanzen und außenpolitische Steuerung hat. Im Ergebnis bedeutet dies eine Förderung der Vergangenheitspolitik ohne Selbstverantwortung, also auch ohne wirkliche Grundlage für repräsentative Demokratie. Und: nicht alles, was Kultur heißt, hat legitime Wurzeln! Gegen Huntington muss mit Francks Theorie eingewendet werden, dass Menschenrechte zwar universal sind, aber es nicht unter einem westlichen Paradigma (oder einem andern Label) sein können.

Für den Elitenwechsel sind drei Komponenten unabdingbar: der Abbau von symbolischer und der Aufbau realer Politikfelder; die Bildung demokratischer Eliten als ziviler Kerne und die Verfügung über hinreichend materielle Mittel (einschl. einer gewissen Fehlerfreundlichkeit im finanziellen Bereich). Ich werde auf diesen Aspekt im Abschnitt über die Soft-Sectors noch zurückkommen. In bezug auf die politische Kultur bedeuten diese drei Komponenten die Notwendigkeit einer aktiven und kritischen Auseinandersetzung mit der Umgebungskultur, die die Intervention vorfindet, und einer gewissen Konfliktbereitschaft mit den mitgebrachten kulturellen Vorstellungen. Anders gesagt: Man kann nicht humanitär intervenieren und danach das tolerieren, was den Normen und Ansprüchen der Intervention widerspricht, nur weil es der Tradition und dem Gewohnheitsrecht des Landes zugehört. Das ist bei Folter, Blutrache, Genitalverstümmelung und ethnischer Säuberung leicht nachzuvollziehen. Oft aber sind die Konfliktfelder sehr viel weniger aufregend: Schulbesuch von Mädchen, Verstecken von behinderten Kindern, unsinnige Mythen als Grundlage vaterländischer Erziehung – Zar Lazar, Skanderbeg –, arrangierte Ehen mit minderjährigen Mädchen etc.. Das legitimierende Normengeflecht der Intervention hört mit ihrem Erfolg nicht auf, sondern muss seine Nachhaltigkeit erst in der zivilen Rekonstruktion beweisen. Dies ist auch ein Angriff auf die Prämissen von Huntington bezüglich der Prädikate bestimmter Kulturen. (Zur Glaubwürdigkeit jeder humanitären Intervention gehört also die Dekonstruktion des kulturellen Sonderstatus. Man kann das auch durchspielen, wenn

⁴ Kathy Gannon: Afghanistan Unbound. Foreign Affairs, Vol. 83, No. 3 (2004), 35-46

⁵ Thomas M. Franck: Are Human Rights Universal? Foreign Affairs Vol. 80 No. 1 (2001), 191-204

man die Gerechtigkeits- und Justizvorstellungen der USA im Heimatland, in Guantanamo, und gegenüber den internationalen Gerichtshöfen analysiert.)

3. Staat und Zivilgesellschaft – die Probe aufs Exempel

Guatemala ist ein Land mit einer erschreckend langen und unglaublich grausamen Bürgerkriegsgeschichte. Die unabgeschlossene und hoch fragile Erfolgsgeschichte eines langsamen Aufbaus der Zivilgesellschaft hängt eng mit der Arbeit einer UN-Mission (MINUGUA) zusammen, die die vereinbarten Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung des Friedenspakts überwachen und fördern soll. Der derzeitige Chef der MINUGUA ist Tom Königs, bis Mitte 2002 Leiter der zivilen Verwaltung von UNMIK. Sein Befund über eine in vieler Hinsicht unvergleichbare Konstellation ist an einem Punkt für Kosovo und Afghanistan bedeutsam. Zwar ist es erfreulich, wenn sich die „Zivilgesellschaft“ breit entfaltet und entwickelt, aber es ist fatal, wenn es auf Seiten der staatlichen Organisation und Institutionen keinen handhabbaren (im doppelten Wortsinn *angreifbaren*) Partner gibt. Was nützt es, wenn man eine funktionierende Beschwerdestelle gegenüber Übergriffe der Polizei hat und diese Polizei selbst in Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben nicht auffindbar ist? Verallgemeinert heißt das Problem: Man bedient zwei Strukturen – eine Systemstruktur mit Regierung, Institutionen und Verfassung – und davon unbeeindruckt eine Machtkonstellation mit ganz anderen Spielern und Gewichten. Wenn die Zivilgesellschaft immer nur die Regierung ‚kritisiert‘, aber u.U. mit ihren Systemgegnern zusammenarbeitet (wie das viele NGOs oft ungewollt tun, um erfolgreich wirken zu können), dann muss das auf die Dauer legitime Machtmonopole schwächen und dem Prototyp des *Rogue States* Vorschub leisten. Die Zivilgesellschaft hilft diesem Prozess ungewollt, wenn sie die Kritik überwiegend an der Regierung festmacht, die gegen die zweite Machtebene nicht genügend tätig wird. Statt dessen müsste ein Empowerment der staatlichen Organe stattfinden, damit diese mit der Zivilgesellschaft gemeinsam kohärente Strukturen schaffen kann. *Peacebuilding through development* muss nach Notstand und Schaffung einer Zivilverwaltung der dritte Schritt sein – und an ihm scheitern Interventionen zu scheitern, auch wenn sie die beiden ersten erfolgreich absolviert haben. Als die UNMIK die Formel *Standards before Status* dem Kosovo auferlegte, erschien das sinnvoll. Wenn aber die unvollständige Selbstverwaltung Standards einhalten sollte, brauchte sie dazu nicht nur die Mittel und die Kompetenz, sondern sie musste sie auch anerkennen, und zwar nicht nur als Mittel zum Zweck der Unabhängigkeit. Das war und ist aber nicht der Fall. *Entwicklung ist die Bringschuld der Interventen, wenn sie ihre Herrschaft humanitär legitimieren.*

Ich möchte nun meinen Ansatz ausführen und deutlich machen, worin ich die positiven Perspektiven und Gefahren der nunmehr beschriebenen Interventionen sehe. Ich beginne mit einigen unverbundenen Beispielen:

- Um Kinder aus einer ethnischen Enklave zum regelmäßigen Schulbesuch zu bringen, ist oft ein unverhältnismäßig großer Aufwand an militärischer Eskortierung, Bewachung und Logistik nötig; solches ist den an Schulreform orientierten NGOs oft fremd, deshalb muss es eine *Schulverwaltung* geben, die mit Militär, Sicherheitsbehörden und allgemeiner Verwaltung routiniert zusammenarbeitet. CIMIC (=Civil Military Cooperation) ist der Bereich, in dem die Militärs ihren Beitrag zur humanitären Rekonstruktion demonstrieren können – übrigens die Österreicher im Kosovo nachhaltig und erfolgreich. In Afghanistan gibt es zunehmend Reibereien, weil die rivalisierenden Militärs zivile Funktionen den NGOs aus der Hand nehmen.
- Um den Hochschulbesuch von Frauen in Afghanistan zu fördern, müssen an den Hochschulorten gut gesicherte Heime für Studentinnen gebaut werden, weil es sonst nicht möglich ist, weibliche Studierende aus den ultrakonservativen islamischen

Dörfern abgelegener Regionen zu gewinnen. Studentenheimbau wird also von einer fachlich-zivilen zu einer hochpolitischen Angelegenheit.

- Bevor man Curriculumreformen in der Schule durchsetzt, muss man die Lehreraus- und –Weiterbildung soweit reformoffen machen, dass nicht neue Inhalte am Habitus und an den Traditionen der Vergangenheit scheitern müssen. Um in der Lehrerbildung erfolgreich sein zu können, müssen die Lehrerdienstverträge einigermaßen respektiert sein und sollte es Anreize für die zur Weiterbildung eingeladenen Lehrerinnen und Lehrer geben.

- Für verarmte und traumatisierte Nachkriegsgesellschaften ist Zukunft in hohem Maß an die soziale Absicherung der jetzt Alten und der in absehbarer Zeit aus dem Beruf Ausscheidenden gebunden. Die Altersversorgung hat in den wenigsten Fällen Priorität bei der Neugestaltung großer Verwaltungseinheiten (Bildung, Gesundheit, öffentlicher Dienst) und bildet deshalb sozusagen ein langfristiges Gefahrenpotential.

Ich belasse es bei diesen Beispielen und möchte darauf hinaus, dass die darin enthaltenen Konflikt- und Gefahrenpotentiale gemindert werden könnten, wenn im Übergang von der militärischen Intervention zur Nachkriegsgesellschaft Vertreter der Zivilverwaltung der Dreifaltigkeit Außenpolitik, Militär und Wirtschaft zur Seite stünden. Die Themen der Bevölkerung – Traumatisierung, Hunger, Orientierungslosigkeit, Wut und Rache, Zukunftslosigkeit etc. – also alle lebensweltlichen Rahmenbedingungen für Intervention und Nachkonfliktzeit – kommen in den Waffenstillstandsabkommen und Mandaten kaum vor, sie werden auf der allgemeinen, d.h. Systemebene abgehandelt, oft in Verkennung der Differenz von Zweck und Mittel: z.B. bei Aufgabe, multikulturelle Strukturen zu schaffen oder bei der Herstellung adäquater Mitbeteiligung der lokalen Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen.

Nachkriegsgesellschaften bringen besondere Korruptionen hervor, die mit den übernommenen konkurrieren. Die neue Wirtschaftspolitik bedingt Privilegienverlust alter Funktionselemente, die Bezahlung im öffentlichen Dienst begünstigt Zweit- und Drittverdienste, es entsteht eine Klasse von Neureichen, die im Baugewerbe, in der Telekommunikation und beim Transport Kapitalien akkumulieren. Das Sicherheitsgewerbe und die Trias Drogen-, Frauen- und Waffen-Handel sind oft typisch. Im Kosovo habe ich den Eindruck, dass man dies lange Zeit unterschätzt hatte, weil der Anstieg von organisierter Kriminalität und Korruption scheinbar mit einer Abnahme ethnisch motivierter Gewalt korrelierte (so auch SRSG Steiner vor der UN). Dass die Substitution des Konstrukts *Ethnie* durch das Konstrukt *Kosten der Freiheit* dabei eine Rolle spielt, muss uns mit Sorge erfüllen. Im organisierten Verbrechen gibt es keine kulturellen Schranken. Warum sollen dann diese Schranken für die zivile Politik eine so große Rolle spielen, oder, inkorrekt gedankt, sind diese Schranken wenigstens ein partieller Grund für geordnete Entwicklung?

UNMIK war auf die Probleme der Interventionskultur schlecht vorbereitet. Man kann aus den Fehlern einiges lernen, und die Erfolge verallgemeinern. Ich will zunächst an einem Erfolg das Grundmuster der Überlegungen darstellen. Bekanntlich haben die albanischen Kosovaren während der 90er Jahre ein Parallelsystem entwickelt, das quasi staatliche Strukturen der legalen aber entlegitimierten Belgrader Herrschaft entgegenstellte (Veton Surroi)⁶. Man bildete auch Gesetzgebung und Verwaltungsregeln dem normalen Verwaltungsstaat nach. UNMIK mit ihrem außerordentlich großen Regierungsmandat durch den Sicherheitsrat musste zu einem sehr frühen Zeitpunkt zur Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und Rechtseinheitlichkeit eine folgenreiche Regelung treffen: Grundsätzlich sollten alle serbischen Gesetze vor April 1989 in Kraft bleiben, solange sie der Sicherheitsrat-Resolution 1244 und den

⁶ Veton Surroi: Kosovo: Political Life: Past as Prologue? The International Spectator, Vol. 35, No. 1 (2000), 27-33

anerkannten Grundsätzen von UN und anderen Konventionen nicht widersprachen (Verordnung 24/99). Im anderen Fall musste UNMIK ihr Verwaltungsmandat auf eine Verbindung von Exekutive und Legislative ausdehnen⁷. Als ich den Bildungsbereich übernahm, konnte ich die UNMIK-Führung überzeugen, dass ich die völlige Neuschreibung sowohl des Schul- als auch des Hochschulgesetzes unternehmen wollte, damit weder die alte serbische Gesetzgebung noch das Pseudo-Rechtswesen des Parallelsystems weiter angewendet werden konnten. Das hatte natürlich Konflikte mit den beiden großen ethnischen Gruppen zur Folge. Der eigentliche Erfolg aber war, dass Kosovo auf diese Weise die modernsten europakompatiblen Gesetze überhaupt bekam, und dass das Hochschulgesetz sogar zum Vorbild für einige Nachfolgestaaten Jugoslawiens und teilweise für Afghanistan wurde. Da wir die Dienstverträge der Lehrenden sehr früh abgeschlossen hatten, konnten wir die gesetzeslose Übergangszeit mit gewöhnlichen Erlassen und Verordnungen gut überbrücken. Die Reform irgendeiner der früheren Gesetzesformeln hätte wesentlich mehr an Konflikten und an Detailkorrekturen eines unüberschaubaren Regelwerks bedeutet. Übrigens konnte auf diese Weise die Priorität für die Lehrerausbildung vor der Curriculumreform leichter durchgesetzt werden, denn in Zukunft müssen beide Bereiche auf den neuen Gesetzen beruhen.

Mit derartigen Entscheidungen setzt die Interventionsverwaltung tiefgreifende Einschnitte in die lokalen Traditionen. Das kann man nur vertreten, wenn man auch in der politischen Routine die Interventionsanlässe nicht aus den Augen verliert. Wir waren ja nicht gekommen, um mit Vorrang die Staatsverwaltung zu verschlanken, Gemeineigentum zu privatisieren und die üblichen, mit maximaler Korruption verbundenen Bereicherungen in Nachkriegssituationen auch noch zu befördern. All dies ist aber sowohl im Kosovo als auch in Afghanistan schon deshalb geschehen, weil der Soft-Sector-Bereich zu wenig in das politische Gesamtkonzept einbezogen wurde.

Ich habe diesen Begriff jetzt mehrfach gebraucht und erläutere ihn in äußerst knapper Zusammenfassung. Ein Zusammenhang mit der Soft-Power Theorie von Joseph S. Nye, Jr.⁸, ist zwar gegeben, aber meine Ausgangslage war von anderen Gesichtspunkten bestimmt. Nye geht es um Public Diplomacy, aber auch, wie mir, um eine Strategie, *built around cultural and educational exchanges, to develop a richer, more open civil society...* (aber auch) *Public Diplomacy will not be effective unless the style and substance of U.S. policies are consistent with a broader democratic message* (S.19). Ich gehe davon aus, dass die Allokation von Geld und Einfluss durch die Interventen und die Besatzungsmächte bzw. Geberfunktionäre weitgehend fehlerhaft erfolgt. Das hat zu einem speziell für die österreichische und europäische Politik auf dem Balkan bestimmten Ansatz geführt⁹. Die Schwerpunkte von Nach-Konflikt-Strategien liegen meistens auf den ‚harten‘ Sektoren Militär, Sicherheit, Energie, Verkehr, Wirtschaft. Die Soft-Sectors (ich vermeide den Begriff „weich“ bewusst) sind hingegen die für zivile Nachhaltigkeit, unabdingbare Institutionen von Bildung, öffentlicher Gesundheit, sozialer Vorsorge, Umwelt und Kultur. In meiner Systematik spielen Justiz und Medien eine Sonderrolle, die aber hier nicht weiter ausgeführt werden muss. Zugespitzt lautet meine These, dass funktionierende Soft-Sectors die Bedingung gelingender Infrastruktur- und Wiederaufbaupolitik sind. Gerade Bildung, Gesundheit und

⁷ Einen umfangreichen Überblick über die UNMIK-Struktur und Verwaltung gibt neuerdings Dina Rossbacher: Friedenssicherung – am Beispiel der Interimsverwaltung der vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK), Hamburg 2004 (Kovac)

⁸ Joseph S. Nye, Jr.: The Decline of America's Soft Power. Foreign Affairs, Vol. 83 No. 3 (2004), 16-20 u.a.

⁹ Michael Daxner: Für eine kohärente Südosteuropapolitik. Wien 2003 (BMBWK), englisch 2004.

Sozialvorsorge kosten auf Jahre hinaus ein Vielfaches der Geldsummen, die von den Geberstaaten im Gefolge von Interventionen bewilligt werden, während das Geld für den Sicherheitsbereich und eine vorschnelle Marktöffnung leichter zu beschaffen ist. Gestatten Sie mir die ironische Frage, ob es Sinn macht, starke Wachmannschaften auszubilden, wenn es keine Institutionen gibt, die es zu bewachen lohnt.

Die Soft-Sector-Politik auf dem Balkan, nicht nur im Kosovo, ist nach den Interventionen in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und gegenüber Serbien arg in Verzug geraten, obwohl gerade Erhard Busek, der Koordinator des Stabilitätspakts, hier einen Schwerpunkt setzen wollte. Das hat zur Folge, dass Bosnien auf absehbare Zeit keinen Anreiz in gesamtstaatlicher Kohärenz sehen kann, und dass der Kosovo, auch wenn er irgendwann selbständig sein wird, über keine funktionierenden zivilen Institutionen verfügen können. Die negativste Prognose lautet dann, dass wir uns selbst mehrere „Kolumbiens“ vor der Haustüre schaffen, ohne dass ich diesem Land konkret nahe treten möchte. Es geht also um Geld und um den Willen, dort Kulturbrüche zu provozieren, wo der Einschluss in größere Zusammenhänge – lokal, regional, europäisch oder kontinental – Vorrang vor einer Fortsetzung der Konfliktgenese unter internationaler Bewachung haben soll. Das kann einem schnell den Neokolonialismusvorwurf eintragen. Aber diesem ist entgegenzuhalten, dass man natürlich auch den lokalen Repräsentanten vertrauen muss, wenn sie sich zu den universalen, ihrer eigenen Tradition und Kultur entgegenstehenden Werten ‚bekennen‘ um des Vorteils von Integration in symbolisch oder machtpolitisch reale übergeordnete Systeme willen. Schulen und Krankenhäuser, bürgernahe Verwaltung und zivile ‚Projekte‘ geben dabei den Horizont für die absehbaren Kulturbrüche. Wo treten diese auf? Im Konkreten – körperliche Züchtigung in der Schule, individuelles Recht auf Arztbesuch ohne elterliche oder eheliche Begleitung, das Recht, einen Kredit ohne Zustimmung des Clanchefs zu bekommen, Ehrencodex im Widerspruch zu Strafverfahrensordnungen etc.

Ich möchte mit einem Sonderfall schließen. Ihnen allen ist überdeutlich, dass die klassischen ökonomische und territorialen Kriegsgründe keine so große Rolle mehr spielen wie früher, dass viele asymmetrische Konflikte aus dem Unwillen der friedlichen Konkurrenz von Lebensstilen, Sprachen, Glaubens- und Wertvorstellungen entstehen, und dass viele gewaltsame Auseinandersetzungen ethnisch begründet werden, aber gar keine ethnische Grundlage haben. Im Kosovo hatte die UNMIK den ausdrücklichen Auftrag, eine multiethnische Gesellschaft in substantieller Autonomie zu strukturieren. Bosnien hätte eine Warnung sein müssen: Ein in der Vergangenheit nun tatsächlich multiethnisches und multikulturelles Gebiet ist heute in ethnisch reine Kantone zersplittert, wie keine einseitige Säuberung es gründlicher bewerkstelligen hätte können. Im Kosovo ist die Lage anders: Albaner und Serben waren nie multiethnisch verklammert, sie beide und etliche andere Minderheiten waren allenfalls in unterschiedlichen Koalitionen gegen die ottomanische Herrschaft verbündet oder verfeindet. Weder das Jugoslawien nach 1918 noch nach 1945 hatte eine Multikultur geschaffen. Wie also sollte eine Intervention in die offene Wunde eines Kriegs, der Gewinner und Verlierer gebracht hat, aber keinen Sieger, multiethnische Strukturen entwickeln? Bei den Unruhen im März 2004 gab es eine solche Multikultur, als sich nämlich Serben und Albaner in der Verfolgung von Roma zusammentaten; sonst aber hat sich dieser Aspekt des UNMIK-Auftrags zurück an den Ausgangspunkt ohne viel Perspektive begeben. Mein Fallbeispiel ist die Universität von Prishtina. 1970 als jugoslawische Universität nach serbischem und Provinzrecht gegründet, wurde sie recht bald eine ziemlich angesehene Landeshochschule, natürlich besonders stark von der albanischen Bevölkerung nachgefragt. Nach 1991 wurden die Albaner weitgehend verdrängt und betrieben mehr oder weniger erfolgreich ihr Parallelsystem. Die Universität war durchgängig serbisch, wenige albanische Lehrende verblieben mit

serbischem Unterricht und wurden danach als Kollaborateure ausgegrenzt. 1999 kehrten die Albaner unter dem Schutz von KFOR und UN zurück und vertrieben binnen kürzester Zeit den serbischen Lehrkörper und die serbischen Studenten. Nur im Nordteil von Mitrovica war es umgekehrt, in den dortigen Fakultäten verblieben letztlich nur mehr Serben, und die Albaner wurden im Oktober 1999 unter den Augen der Interventen vertrieben. Während Milosevic noch an der Macht war, hatte ich große Schwierigkeiten, wenigstens die formale Autorität von UNMIK in Mitrovica durchzusetzen. Im Norden nicht, weil die Serben nur die Autorität von Belgrad anerkannten, im Süden nicht, weil die Albaner Hilfsmaßnahmen ablehnten, die sie von einer Wiederbesetzung des Nordens abhalten könnten. Das Paradoxe aber war, dass die albanische Führung der Universität Prishtina eine Wiedereinführung slawischer Unterrichtssprachen kategorisch ablehnte, es somit schon aus diesem Grund und aus Sicherheitsgründen unmöglich war, dass die Serben zurückkehrten. Daraufhin war die logische Konsequenz, in Nord-Mitrovica eine eigenständige Hochschule in slawischen Sprachen zu gründen. Bevor die neue nationalistische Regierung in Belgrad alle Erfolge zunichte machte, waren wir auf dem besten Weg, im Dreieck zwischen der Belgrader Regierung, der kosovarischen Selbstverwaltung und UNMIK einen auch international anerkannten Weg mit zwei Universitäten zu beschreiten. Einer Strategie wäre es, durch ein Moratorium die angestrebte Multiethnik durch bewusste zeitweilige Segregation (Siebel-Häussermann) hinauszuzögern, bis die jeweiligen Gruppen genügend Ichstärke entwickelt haben, um aufeinander zuzugehen. Seit Jahren ist das ein für die UNMIK nicht mehr bearbeitbares Problem, obwohl wir schon 2001 darüber kontrovers diskutiert hatten. Es übersteigt die Kompetenz der Führungsebenen. Und nach den Unruhen vom März 2004, an denen die Führungslosigkeit der Internationalen indirekt die Mitschuld trägt, konnten sich die Nationalisten in Belgrad weitere Verhärtungen erlauben. Trotz sachdienlicher Hinweise aus der europäischen Hochschulpolitik brauchte UNMIK 8 Wochen, um gegen die rechtswidrige Auswechslung des Rektors in Mitrovicas durch die neue und inkompetente Wissenschaftsministerin von Serbien zu protestieren¹⁰. Ich befürchte, dass es die Universität von Mitrovica sein wird, die als Geisel bei den anstehenden Status-Gesprächen über Kosovo missbraucht wird. Dieses Fallbeispiel ließe sich bis in die feinsten Details und Handlungen der mitbefassten Personen als exemplarisch für meine Darlegungen ausdeuten.

Noch ein letztes Wort zu Afghanistan. Im Vergleich zu diesem riesigen und unendlich armen Land ist die Mission im Kosovo trotz ihres Geldmangels sehr wohlhabend. In Afghanistan muss man wohl sagen, dass der Satz, wonach Geld allein nicht glücklich mache, nur zynisch klingen muss, ich erspare Ihnen die Vergleichszahlen. Vor allem die USA fahren eine reine Hard-Sector Strategie mit teilweise unsinnigen, aber sichtbaren Prestigeobjekten. 2002 kamen auf jeden Bewohner gerade \$ 75 pro Person, die Summe ist seither auf \$ 42 gesunken. Zum Vergleich: Kosovo, Bosnien und Rwanda hatten im gleichen Jahr 2002 \$ 250 pro Person erhalten. Deutschland hat seine Aufwendungen im Bildungs- und Kulturbereich gerade um 35 % gekürzt¹¹. Außerdem wurden wichtige Vorhaben mit Hinblick auf das Jährlichkeitsprinzip der deutschen Finanzierungsmodalitäten abgelehnt. Ich nenne Ihnen nur zwei von vielen Problemen. Zur Zeit hat das Land auf 27 Mio. Einwohner gerade 35.000 Studierende, davon etliche Tausend in der Medizin. Es gibt wenige Staaten mit einer schlechteren Relation. In den nächsten Jahren werden allein 20.000 Lehrer jährlich benötigt, ganz zu schweigen von anderen Professionen. Das System hat aber nicht einmal genügend Geld, für die vorhandenen Studierenden an 18

¹⁰ UNMIK 15. Juni 2004 an die serbische Regierung. Die European University Association hatte schon sehr viel früher auf das Problem aufmerksam gemacht und auch die Partnerhochschulen informiert.

¹¹ Gannon, S. 41

Ausbildungsstätten zu sorgen. Der Druck auf ein Studium als einzige Instanz sozialen Aufstiegs ist ungeheuer. Die zögerliche internationale Unterstützung des Hochschulbereichs führt absehbar dazu, dass Studierende und abgewiesene Studienwillige die ideale Rekrutierungsmasse für die wieder erstarkenden Taliban und vergleichbare Gruppen werden. Womit ich zum Anfang meiner Ausführungen zurückkehre und den humanitären Interventionen nicht nur eine Ausstiegsstrategie wünsche, sondern vorher eine humanitäre Wiederaufbaupraxis.